

# DER EINKOMMENS-GGAU DER FRAUEN

Ein Gespräch mit **Mascha Madörin** Am 14. Juni 2019 streiken die Frauen. Dazu haben sie allen Anlass: Alleine die materielle Benachteiligung bei den jährlichen Einkommen beläuft sich in der Schweiz auf schockierende 110 Mia CHF pro Jahr – mindestens. Die Zahl geschätzt hat die Ökonomin Mascha Madörin. Sie erläutert im folgenden Interview, was es mit der Gesamtheit aller materiellen Einkommensunterschiede auf sich hat und was es braucht, um Gendergerechtigkeit herzustellen.

DENKNETZ  
DISKUSSION

*Beat Ringger: In den Debatten um die materiellen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern stehen die Lohnunterschiede – der Gender Pay Gap – im Vordergrund. Ein genauerer Blick macht jedoch klar, dass damit nur ein Bruchteil der Unterschiede erfasst wird. Der Gender Overall Earnings Gap (GOEG) kommt der Sache schon deutlich näher. Was ist mit dem GOEG genau gemeint?*

**Mascha Madörin:** Der Gender Overall Earnings Gap (GOEG) wird bei Eurostat auf Deutsch als Geschlechterspezifische Gesamteinkommensunterschiede bezeichnet. Die naheliegende Abkürzung ist GGAU! Ich habe die deutsche Übersetzung leider erst kürzlich angesehen. Der Einkommens-GGAU der Frauen! Es handelt sich beim GGAU-Index um die prozentuale Angabe, wie viel erwerbstätige Frauen am Ende des Monats respektive des Jahres weniger auf ihrem Bankkonto haben als Männer und wie viel weniger auf dem AHV- und Pensionskassenkonto gutgeschrieben ist. Ich habe den GGAU-Index, der

von Eurostat für die Schweiz auf 44.5 Prozent (im Jahr 2014) angegeben wird, grob auf Franken geschätzt und bin auf rund 110 Milliarden Franken gekommen – jährlich. Es ist schockierend viel – ungefähr das Dreifache der öffentlichen Bildungsausgaben vom Kindergarten bis zur Universität und rund ein Drittel der Konsumausgaben der privaten Haushalte. Die Daten des Bundesamtes für Statistik zeigen, dass Frauen und Männer im Durchschnitt pro Woche etwa gleich viele Stunden arbeiten, wenn wir die unbezahlten und bezahlten Stunden zusammenzählen. Diese 110 Milliarden sind daher ein guter Indikator dafür, wie viel weniger Frauen für ihre Arbeit bezahlt erhalten als Männer.

*Erfasst der GOEG auch die Unterschiede bei den Sozialversicherungen, etwa bei den Renten (Gender Pension Gap)?*

Nein. Der GOEG alias GGAU-Index, so wie ihn Eurostat in Prozenten ausweist, erfasst die gesamten Erwerbseinnahmen

von Personen im Alter von 15-64 Jahren. Die Unterschiede der Erwerbseinkommen für Personen ab 65 Jahren sind nicht dabei, auch nicht die Rentenunterschiede. Die Gender Pension Gap werden in den internationalen Statistiken separat ausgewiesen, sie liegen meistens in der Nähe der GGAU-Prozente. In der Schweiz zeigte eine Studie zum Jahr 2012, dass die Einkommenslücke bei der AHV dank Betreuungsgutschriften nur 2,7 Prozent ausmachte, bei der Pensionskasse jedoch 63 und bei der dritten Säule 54 Prozent.

*Was muss also alles beachtet werden, um die Gesamtheit der materiellen Unterschiede zu erfassen? Wie hoch ist demnach der gesamte Gender Gap?*

Ich weiss es nicht. Ich habe noch nicht die Zeit gehabt, alle Einkommensunterschiede zu berechnen respektive zu schätzen. Ich befasse mich in meiner Arbeit nur mit geld- und mit zeitökonomischen Aspekten. Die Analyse weiterer materieller

Unterschieden wie beispielsweise von ökologischen oder räumlichen Aspekten übersteigt bei weitem meine Kapazitäten. Zeitökonomisch gesehen sind die Unterschiede bei der Erbringung der Dienste füreinander und für andere zwischen den Geschlechtern sehr gross. Die neue Frauenbewegung hat eine gleichere Verteilung der unbezahlten und bezahlten Care-Arbeiten zwischen Frauen und Männern verlangt. Gleichzeitig lautet eine weitere wichtige Forderungen, dass Frauen über gleich viel Geld wie Männer verfügen sollen, weil Geld Macht und Verfügungsgewalt über ökonomische Ressourcen bedeutet, auch über menschliche Arbeitskraft in Betrieben, auch über Care Arbeit zu Hause. Und da ist der GGAI-Index wohl einer der wichtigsten Indikatoren – jedenfalls in westeuropäischen Ländern.

*Wie erklärst du das enorme Ausmass dieses Gender Gap?*

Wie schon gesagt, es gibt im Wesentlichen zwei Faktoren: der Gender Pay Gap (also die Lohnunterschiede), der rund einen Viertel der GGAI-Einkommenslücke ausmacht und die soziale Arbeitsteilung. Letztere fällt mit einem Anteil von drei Vierteln viel stärker ins Gewicht. Wenn den Frauen in der Schweiz nur die unbezahlte Arbeit bezahlt würde, die sie mehr leisten als Männer (2014 über 80 Milliarden Franken), kämen wir der Geschlechtergerechtigkeit wesentlich näher.

*Du sprichst in deinen Arbeiten immer wieder von Divergierenden Produktivitäten. Was ist darunter zu verstehen, und welche Bedeutung hat das im Zusammenhang mit dem Gender Gap?*

Es geht um die Arbeitsproduktivität. Der industrielle Kapitalismus war dadurch gekennzeichnet, dass in immer kürzerer Zeit immer mehr Güter produziert werden konnten. Hier ist die Arbeitsproduktivität massiv gesteigert worden. Die Unternehmer waren deshalb finanziell in der Lage, höhere Löhne zu bezahlen und gleichzeitig die Preise zu senken. Unternehmen konnten damit die Verkaufsumsätze erhöhen und meistens auch die Profite. Es ist das klassische Modell der Expansion des industriellen Kapitalismus und stellte einen permanenten Anreiz für die Unternehmen dar, durch technischen Fortschritt Arbeitszeit und damit Arbeitskosten zu senken und in die Güterproduktion zu investieren. Heute gilt das nur noch beschränkt – aus verschiedenen Gründen. Wichtig ist aus der Sicht der feministischen Ökonomie aber etwas anderes: Diese ökonomische Logik hat nie oder nur sehr beschränkt für die Sorge- und Versorgungsökonomie gegolten. Diesen fundamentalen Unterschied besser zu verstehen war kaum je Gegenstand ökonomischer Theorien, selten als Zusatzfrage, als Nebenfrage eben. Die Möglichkeit kostendeckende Preise bei gleicher Leistung und trotz steigender Löhne zu verlangen ist in der Sorge- und Versorgungsökonomie beschränkt, weil sich in dieser Ökonomie die Arbeitsproduktivität auch nicht annähernd so steigern lässt wie in der Industrie. Ein Auto lässt sich in kürzerer Zeit produzieren – ein Kind wird aber nicht in kürzerer Zeit zum Erwachsenen. Dazu kommt die beschränkte Kaufkraft derjenigen, welche die Sorge-Dienste beziehen (müssen). Novartis könnte problemlos das Dreifache oder Fünffache der

heutigen Büroputzlöhne bezahlen. Das können sich die wenigsten Rentenbezügerin leisten. Für die Novartis würden diese höheren Löhne die Kostenrechnung nur um Bruchteile von Promillen ändern. Das Budget der kranken Rentenbezügerin hingegen würde wohl gesprengt, wenn sie sich eine adäquate bessere Bezahlung für die Hilfe im Haushalt leisten wollte.

Kurzum, in der Sorge- und Versorgungswirtschaft ist es zunehmend schwieriger, Löhne wie in der Industrie zu bezahlen, im Durchschnitt sind sie ohnehin schon tiefer und der Druck auf die Löhne nimmt um so stärker zu, je neoliberaler die Politik sich gebärdet. Die Produktivitätsentwicklungen durch Industrie 4.0 werden das Problem nochmals verschärfen. Weil ein grosser Teil der Löhne im europäischen Gesundheits-, Sozial-, und Bildungswesen staatlich oder kollektiv durch Krankenkassen finanziert werden, steigen die Kosten für den Staat respektive die Krankenkassenprämien tendenziell an. Für die Gleichstellung von Frau und Mann hängt deshalb sehr viel von den Staatsausgaben für die Care Ökonomie ab, in Zukunft mehr denn je. Zum einen arbeiten vor allem Frauen in den Erwerbssektoren der Sorge- und Versorgungsindustrie und zunehmend auch in der öffentlichen Verwaltung. Zum andern sind in den Jahren von 1991 bis 2016 netto in den Bereichen personenbezogener Dienstleistungen und in der öffentlichen Verwaltung über 300'000 Stellen (in Vollzeitäquivalenten gerechnet) neu entstanden. Das sind 62 Prozent der neu geschaffenen Stellen! In der gleichen Zeit sind netto über 224'000 Stellen in der Industrie

verloren gegangen.

*Produktivitätssteigerungen spielen im Kapitalismus eine zentrale Rolle. Unternehmen versuchen ständig, produktiver zu produzieren als die Konkurrenz um damit die Gewinne zu steigern. Die konkurrierenden Unternehmen müssen nachziehen, wenn sie nicht verschwinden wollen. Kann Care-Arbeit unter diesen Umständen überhaupt je den ihr gebührenden materiellen und zeitlichen Raum einnehmen? Oder brauchen wir dafür eine Gesellschaft, in der die zentrale Stellung der Kapitalverwertung überwunden ist?*

1) Schweden und alle andern skandinavischen Ländern zeigen, dass sehr viel mehr Spielraum für die bezahlte Care Arbeit geschaffen werden kann, auch in kapitalistischen Ländern. Die Unternehmer werden dadurch nicht ärmer. Schweden hat zwar immer noch einen GGAI-Index von 26.2 Prozent. Umgerechnet auf die Verhältnisse in der Schweiz wäre das eine Einkommenslücke von 57 Milliarden, halb so viel wie der jetzige Stand. Die Halbierung des Einkommens-GGAI wäre natürlich ein schöner Fortschritt!

2) Der Staat wird sehr viel mehr Arbeit im Sorge- und Versorgungssektor finanzieren oder subventionieren müssen, aus drei Gründen: 1) Es muss in der Schweiz noch viel unbezahlte Arbeit in bezahlte umgewandelt werden, sonst geht nichts mit der Gleichstellung; 2) Die Löhne im Sorge- und Versorgungssektor müssen dem durchschnittlichen Trend in den andern Wirtschaftssektoren angepasst werden. Gleichzeitig wird aber auch das Volumen der Leistungen zunehmen müssen, zum Beispiel wegen der wach-

senden Zahl pflegebedürftiger betagter Menschen, aber auch, weil es immer noch zu wenige Kinderkrippen gibt und insbesondere Pflegeheime und die Spitex bereits heute unterdotiert sind mit Stellen. 3) Es hat eine massive Verschiebung der Beschäftigung in die Sorge- und Versorgungswirtschaft gegeben, mit – für mich noch – unabhsehbaren Auswirkungen auf die Kaufkraft, auf Steuereinnahmen und das BIP.

3) Der Zusammenhang zwischen Marktwirtschaft, technischem Fortschritt und Wettbewerb funktioniert selbst in der Industrie nur noch beschränkt. Im Gesundheitswesen wirkt er ohnehin nur als Kostenwettbewerb, das heisst, die Kosten müssen ständig gesenkt werden. Bei bürokratisch-technisch festgelegten Preisen gibt es eine Kosten-Leistungs-Spirale nach unten. Das ist gesetzlich vorprogrammiert und fatal.

*Zurück zum hier und jetzt: Welche konkreten Forderungen sind deiner Meinung nach am besten geeignet, den Gender Gap in namhafter Weise zu verringern?*

1) Wir brauchen dringend eine intensive wirtschaftspolitische Diskussion über die Zukunft der Sorge- und Versorgungswirtschaft, es braucht eine öffentliche Debatte, viel Forschung und mehr makroökonomische Daten. Das gleiche gilt für die Gleichstellungspolitik. Beide Fragen hängen zwar eng zusammen, sind aber nicht identisch. Sie müssen zu wichtigen Kapiteln in Partei- und Gewerkschaftsprogrammen zur Zukunft der Wirtschaft werden. Es gibt dabei ökonomische Zusammenhänge, die wir nicht geklärt haben, auch mit aller Systemkri-

tik am Kapitalismus nicht.

2) Ich habe die Einkommenslücke aufgrund des GGAI-Index in Franken grob geschätzt. Das muss jedoch eine regelmässige Aufgabe des Bundesamtes für Statistik werden. Wenn wir beispielsweise über die Altersvorsorge diskutieren, sollten wir diese Daten kennen – auch der Bundesrat und das Parlament.

3) Es ist klar, dass der Ausbau von bezahlbaren oder unentgeltlichen Kinderkrippen und die Kindertagesstätten immer noch vordringlich ist, ebenso der massive Ausbau der Langzeit- und Altenpflege. Auch die Mindestlöhne und generell die Löhne im Bereich der Care-Ökonomie müssen erhöht werden.

4) So wie die Lage ist, denke ich, dass es nicht nur bei der AHV, sondern als Zusatz auch in der Pensionskasse eine Rente fürs Kindererziehen und die Betreuung und Pflege von Kranken zu Hause braucht. Personen, die Kinder aufgezogen haben und Pflege und Betreuung von Kranken zu Hause übernehmen, dürfen dafür nicht bis ans Lebensende wirtschaftlich bestraft werden.

5) Es muss auf jeden Fall viel mehr unbezahlte Arbeit bezahlt werden als bisher. Dazu gäbe es verschiedene zu diskutierende Varianten. Eine davon, die Forderung „Lohn für Hausarbeit“, sollte wieder auf den Tisch kommen. Nur schon deshalb, damit es endlich wieder mal eine interessante, kontroverse Debatte dazu gibt.

6) Wer Politik in Sachen Frauenarbeit machen will, muss auch die unbezahlte Arbeit miteinbe-

ziehen. Das gängige Credo der Gleichstellungspolitik für Frauen lautet, man muss Frauen zur Vollerwerbsarbeit verhelfen, möglichst nicht in der Careökonomie sondern anderswo mit höherem Lohnniveau. Dazu sollen Massnahmen ergriffen werden, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Familie leichter machen. Das wird nur beschränkt funktionieren, weil es diese grosse, notwendige unbezahlte Arbeit gibt und sie nur beschränkt reduziert werden kann und weil es insgesamt klar eine Verschiebung der Erwerbstätigkeit zu den personenbezogenen Dienstleistungen gibt.

7) Hört auf, bei den Staatsausgaben grundsätzlich sparen zu wollen. Die Regelungen, die verhindern, dass der Staat nicht mehr ausgeben soll, als er einnimmt, sind ökonomischer Unsinn. Solche Regeln sollte es nicht geben. Nur manchmal sind sie richtig, aber eben oft nicht. Sie sind fatal insbesondere für das Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen und für die Sozialversicherungen. Wer heute noch Steuersenkungen in der Schweiz verlangt ist schlicht von Sinnen.

8) Wir müssen über gerechte Löhne und Preise insbesondere im Sorge- und Versorgungssektor öffentlich und demokratisch diskutieren. Was wäre gerecht? Als Lohnabhängige wünschen wir uns vor allem hohe Löhne, als KonsumentInnen jedoch tiefe Preise. Im industriellen Kapitalismus war beides möglich. In der Sorge und Versorgungsökonomie lautet die politische Formel anders: entweder anständige Löhne und hohe Preise oder niedrige Preise und unanständige Löhne. Da gibt es nur einen

Weg: Die öffentliche Finanzierung verschiedener Branchen der Sorge- und Versorgungsökonomie, wie das Gesundheitswesen, das Bildungssystem, das Gastgewerbe etc., aber auch der landwirtschaftlichen Nahrungsmittelproduktion, des sorgfältigen Journalismus oder einer seriösen unabhängigen Forschung, also überall dort, wo es viel Arbeit braucht und wo diese „zu teuer“ wird. Solche Gerechtigkeitsfragen werden auch bei einem ökologischen Umbau aktuell – weil auch dafür viel zeitaufwändige Arbeit nötig sein wird.

*Zur Person: Mascha Madörin, Ökonomin, arbeitete als Assistentin an der Universität von Mosambik, danach in Nichtregierungsorganisationen zu den Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zum Apartheidregime, zu Kapital- und Steuerflucht, zu Auslandsschulden, internationalen Finanz- und Banken Krisen. Seit den 1990er Jahren befasst sie sich mit verschiedenen Aspekten der Wirtschaftspolitik und -theorie aus feministischer Sicht, insbesondere mit der politischen Ökonomie der Sorge- und Versorgungswirtschaft, mit Finanzpolitik, geschlechtergerechten Staatsausgaben und Gesundheitsökonomie.*  
[www.maschamadoerin.ch](http://www.maschamadoerin.ch)